



Ina Latendorf, MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE im Bundestag

Pressemitteilung

LNG-Verfahren undemokratisch und politikfeindlich

Berlin, 21.06.2023

Bezug:

Anlagen:

Ina Latendorf, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

Funktionen:

Agrarpolitische Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Ernährung
und Landwirtschaft

Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro

Dr. Felix Baumert

Domstr. 5

18273 Güstrow

0151 7017 1157

ina.latendorf.ma03@bundestag.de

„Gegen alle Bedenken und Einwände von Bürgerinnen und Bürgern, gegen ökonomischen und umweltpolitischen Sachverstand und auch gegen die elementaren Regeln der Demokratie bringt die Regierung in dieser Woche das LNG-Beschleunigungsgesetz ins Parlament“, erklärt Ina Latendorf, Sprecherin für Landwirtschaft, Ländliche Räume und Tierschutz der Fraktion DIE LINKE.

„Der Titel Beschleunigungsgesetz ist dabei programmatisch“, so Ina Latendorf weiter, „denn außer aufs Tempo drückt der Gesetzesentwurf außerdem noch den betroffenen Standorten beschleunigt hohe Umweltbelastungen und Transferkosten auf. Das ganze LNG-Verfahren ist undemokratisch und politikfeindlich.“

Die Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied des Petitionsausschusses erläutert:

„Nichts davon, was DIE LINKE von der Ampelkoalition erläutert und geklärt haben wollte, ist auch nur ansatzweise beantwortet: weder zur Kapazität und zur zukünftigen Nutzung der LNG-Terminals, noch zur Umweltverträglichkeit und zu Auswirkungen auf den Tourismus. Das Durchdrücken des Gesetzes ist eine Missachtung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen vor Ort.“

Ina Latendorf abschließend: „In einem korrekten demokratischen Prozess dürfte dieser Entwurf niemals das Parlament passieren. Politik ist die öffentliche Aushandlung sozialer Probleme, nicht eine aus Staatsräson vorgenommene Verkündung vollendeter Tatsachen. DIE LINKE wird weiter dagegen ankämpfen.“